

28. TAGUNG
Straßburg, 24.-26. März 2015

CG/2015(28)13PROV
24. Februar 2015

Haushalt und Betriebsmittel des Kongresses für die nächsten zwei Jahre (2016-2017)

Präsidium des Kongresses

Berichtersteller:¹ Clemens LAMMERSKITTEN, Deutschland (R, EPP/CEE)
Barbara TOCE, Italien (L, SOC)

Empfehlungsentwurf (zur Abstimmung) 3

Zusammenfassung

Seit 2008 hat der Kongress regelmäßig Debatten über seinen Haushalt, seine Entwicklungsaussichten, die benötigten Betriebsmittel und die zu treffenden Entscheidungen geführt, um die als Prioritäten festgelegten Ziele zu erreichen. Bei seiner 24. Tagung hat der Kongress die Empfehlung 335(2013) über „den Haushalt und die Betriebsmittel des Kongresses für 2014-2015“ angenommen. Am 18. Juni 2013 hat das Präsidium des Kongresses ein Positionspapier (CG/BUR(24)16) über den Haushalt 2014-2015 genehmigt, das an das Ministerkomitee gerichtet war und diesem am 18. September 2013 von Präsident van Staa vorgelegt wurde.

Diese neue Empfehlung dient der Bestandsaufnahme im Hinblick auf die Entwicklung der benötigten Haushaltsmittel des Kongresses und nennt diesbezüglich die Risiken für das/die kommende/n Jahr(e) und lenkt die Aufmerksamkeit des Ministerkomitees auf eine Reihe von Fragen in dieser Angelegenheit.

Der Bericht erinnert daran, dass der Kongress durchgehend die Reform des Europarats unterstützt hat und im gleichen Geiste seine eigene Reform der Strukturen und Arbeitsmethoden durchgeführt hat, um seine Effizienz weiter zu verbessern und sich diesbezüglich auch weiterhin einsetzen wird (siehe Rec 367(2014)).

Im Hinblick auf die Betriebsmittel hat der Kongress seit 2011 die Last der Einsparungen in vergleichbarer Weise wie andere Gremien des Europarats getragen. Im Hinblick auf den Personalhaushalt hat der Kongress jedoch, im Vergleich zu seiner Größe, mehr zu den Einsparungen beigetragen. In Folge ist das

¹ L: Kammer der Gemeinden / R: Kammer der Regionen
EPP/CCE: Europäische Volkspartei im Kongress
SOC: Sozialistische Gruppe
ILDG: Unabhängige und liberaldemokratische Gruppe
ECR: Europäische Konservative und Reformisten
NR: Mitglieder, die keiner politischen Gruppe des Kongresses angehören

Verhältnis von Personal-/Betriebsmittel des Kongresses in den letzten Jahren signifikant gesunken (von 60/40 im Jahr 2012 auf 56/44 im Jahr 2014).

Die Aussichten für die Haushaltssituation des Kongresses müssen im Kontext der Politik des nominalen Nullwachstums, die seit mindestens zwei zusätzlichen Jahren Anwendung auf die gesamte Organisation findet, mit der Folge weiterer Einsparungsanträge sowohl für die Betriebs- als auch die Personalmittel, erörtert werden.

Positiv ist zu vermelden, dass der Kongress in den Jahren 2013 und 2014 zusätzliche Haushaltsmittel aufbringen konnte und eng mit anderen Gremien des Europarats kooperiert hat. Er hat sich vor Ort in Ergänzung zu seiner beratenden und satzungsgemäßen Tätigkeit zu einem geschätzten Ansprechpartner und Akteur entwickelt. Diese Strategie wird in den kommenden Jahren fortgeführt und verstärkt.

Dieser Bericht befasst sich mit den Empfehlungen an das Ministerkomitee und lenkt die Aufmerksamkeit auf die besondere Situation des Kongresses und seine einzigartige Rolle innerhalb der Organisation. Weitere Einsparungen bei den Betriebs- und/oder Personalmitteln des Kongresses würden seine Fähigkeit, seine einzigartige institutionelle Rolle zu erfüllen, gravierend beschränken. Dies würde sich nicht nur unmittelbar auf seine satzungsgemäße Tätigkeit auswirken, sondern auch auf sein wachsendes Potenzial im Hinblick auf seine Kooperationsmaßnahmen, die eng mit der satzungsgemäßen Tätigkeit des Kongresses verbunden sind und auf dieser aufbauen. Obwohl die Kooperationsmaßnahmen vorrangig durch externe Mittel finanziert werden, müssen sie von einem erfahrenen Team aus Mitarbeitern entwickelt und beaufsichtigt werden.

EMPFEHLUNGSENTWURF²

Der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas,

1. In erneuter Bestätigung seiner einzigartigen Rolle und institutionellen Stellung innerhalb der Europarats, der dem Kongress, als Stimme der kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften aller 47 Mitgliedstaaten und als Wächter der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung, die Verantwortung übertragen hat, die Umsetzung der gemeinsamen Standards für die kommunale Autonomie und regionale Demokratie in Europa und in seiner Nachbarschaft zu fördern und zu unterstützen;

2. In Anbetracht der Tatsache, dass sich in vielen Mitgliedstaaten, insbesondere aufgrund der Notwendigkeit, die Effizienz und Effektivität aller Regierungsebenen in Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2008 zu stärken, intensive nationale Reformprozesse mit der Struktur, den Finanzen und den Arbeitsweisen der kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften befassen, und dass die Aufgabe des Kongresses, diese Entwicklungen auf der Grundlage der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung zu überwachen und eine rechtliche und praktische Beratung zu geben oder die zahlreichen Petitionen zu prüfen und auf diese zu reagieren, sich in den letzten drei Jahren erheblich erweitert hat;

3. In Erinnerung an den regelmäßigen Meinungsaustausch mit dem Ministerkomitee und dem Präsidenten und Generalsekretär des Kongresses, die er über die Prioritäten und die Tätigkeit zur Umsetzung der Charta informiert;

4. In Erinnerung der Würdigung der vom Kongress erreichten Arbeit sowie der Anerkennung und des Verstehens der Risiken, die weitere Haushaltskürzungen nicht nur für seine satzungsmäßige Tätigkeit, sondern auch für seine Post-Monitoring- und Kooperationstätigkeit hätten, die an die spezifischen Bedürfnisse und Interessen der Mitgliedstaaten angepasst wird;

5. In Betonung der Tatsache, dass dank der umfassenden Reform seiner Strukturen und Arbeitsmethoden und trotz seiner kontinuierlichen Bemühungen um Effizienzgewinne der Kongress in der Lage gewesen ist, eine qualitativ hochwertige Arbeit zu leisten und greifbare Resultate zu erzielen, aber bedauerlicherweise bereits gezwungen war, einige seiner satzungsgemäßen Aktivitäten, insbesondere die Anzahl seiner Monitoringbesuche zu reduzieren, die für 2013 und 2014 geplant waren und für 2015 geplant sind;

6. unter besonderer Hervorhebung:

a. der Entscheidungen, die er 2010 im Rahmen der Reform des Europarats getroffen hat, seine Prioritäten und seine Tätigkeit an den Kernwerten der Organisation neu auszurichten;

b. der resultierenden Änderungen an der Kongress-Charta und der statutarischen EntschlieÙung, am 19. Januar 2011 vom Ministerkomitee angenommen, und der nachfolgenden von ihm durchgeführten Änderungen, vor allem jene zur Verbesserung der Effizienz seiner Strukturen und Arbeitsmethoden, sowie der zusätzlichen Arbeit, die diesbezüglich durchgeführt wurde, insbesondere die Empfehlung 367 (2014) des Kongresses über die Überarbeitung der Kongress-Charta, angenommen am 16. Oktober 2014;

c. seines Beitrags zu den Effizienzgewinnen der Organisation und zu den Kürzungen seiner Betriebsmittel sowie seines Personalhaushalts seit 2010 im Kontext eines realen Nullwachstums, gefolgt von einem nominalen Nullwachstum für die gesamte Organisation;

² Vorläufiger Empfehlungsentwurf, der am 2. Februar 2015 vom Präsidium des Kongresses angenommen wurde.

Mitglieder des Präsidiums:

J.-C. Frécon (Präsident des Kongresses), G. Mosler-Törnström (Präsident der Kammer der Regionen), A. Knappe (Präsident der Kammer der Gemeinden), C. Lammerskitten, B. Toce, G.-M. Helgesen, J. Barska, H. Pihlajasaari, J. Hlinka, J.-M. Belliard, G. Doganoglu, L. Verbeek, M. Hegarty, N. Romanova, J. Warmisham, S. Orlova, J. Hoxha.

N.B.: Die Namen der Mitglieder, die an der Abstimmung teilnahmen, sind kursiv gedruckt.

Sekretariat des Präsidiums: D. Rios Turón, L. Taesch

d. seiner Empfehlung 335 (2013), mit Betonung dass der Kongress, während sein Verwaltungshaushalt seit 2010 auf eine Weise angepasst wurde, die vergleichbar mit anderen Teilen der Organisation ist, im Hinblick auf die Personalmittel in einem Ausmaß betroffen war, das disproportional zu seiner Größe ist, wie bereits in seinem Positionspapier zum Haushalt 2014-2015 aufgeführt, angenommen vom Präsidium des Kongresses am 18. Juni 2013 (CG/BUR(24)16) und adressiert an das Ministerkomitee;

e. der Prioritäten, die für 2013-2016 angenommen wurden, die völlig übereinstimmen mit jenen, die vom Generalsekretär Thorbjørn Jagland vorgeschlagen wurden, und mit den Prioritäten und dem Arbeitsprogramm, die vom Ministerkomitee für den Zeitraum 2014-2015 angenommen wurden;

7. Unverbrüchlich dem Ziel verpflichtet zu sein, zur Identifizierung und Umsetzung der Prioritäten und des Programms für 2016-2017 beizutragen, die für die gesamte Organisation vom Ministerkomitee angenommen werden;

8. Mit dem Entschluss, seine Reform fortzuführen und seine Tätigkeit für die nächsten zwei Jahre auf seine Kernprioritäten auszurichten, die auf kommunaler und regionaler Ebene zu den laufenden und neuen Kampagnen und konkreten Programmen des Europarats beitragen und die gestartet wurden, um sich mit hochaktuellen Themen zu befassen, u.a. Förderung des interkulturellen und interreligiösen Dialogs, Integration und soziale Kohäsion, Bekämpfung von Hassreden und Diskriminierung, Prävention und Bekämpfung von Korruption und Förderung der Kernwerte des Europarats speziell bei jungen Europäern;

9. Unter erneuter Bestätigung jedoch, dass der Kongress, um erfolgreich seinen satzungsgemäßen Auftrag durchführen und seine neuen Prioritäten im Hinblick auf die Förderung und Entwicklung der lokalen und regionalen Demokratie ausführen zu können, sich auf eine nachhaltige Grundlage für seine Arbeit verlassen können muss, wozu ausreichende Haushaltsmittel gehören;

10. Insbesondere unter Betonung der Situation der Europäischen Allianz der Städte und Regionen für die Integration der Roma, die 124 Teilnehmer aus den Mitgliedstaaten des Europarats in einem Netzwerk vereint und deren Nachhaltigkeit aufgrund fehlender Mittel in Gefahr ist;

11. Bittet dementsprechend das Ministerkomitee:

a. Vollumfänglich die Risiken zu prüfen und die Folgen für den Europarat als Ganzes und insbesondere für den Kongress zu beurteilen, die mit einer Verlängerung eines Haushalts für die Jahre 2016-2017 und darüber hinaus verbunden sind, der auf dem Prinzip eines nominalen Nullwachstums basiert, im Vergleich zumindest mit einem realen Nullwachstum;

b. Die erreichten Resultate und Bemühungen anzuerkennen, die im Hinblick auf die Effizienz und Effektivität des Kongresses in den letzten Jahren trotz reduzierter Haushaltszuweisungen und Einschränkungen der Personalmittel, die ihm zur Verfügung gestellt wurden, gemacht wurden;

d. Durch seinen regelmäßigen politischen Dialog mit dem Kongress eine Übereinstimmung der Prioritäten, die vom Kongress angenommen wurden, mit seinen Haushaltszuweisungen sicherzustellen, um eine kritische Masse und Einfluss zu erreichen;

d. In Anbetracht der einzigartigen Rolle und institutionellen Stellung des Kongresses innerhalb des Europarats und in gebührender Anerkennung seiner Bemühungen in der Vergangenheit die Mittel des Kongresses für Betrieb und Personal für die nächsten zwei Jahre (2016-2017) aufrechtzuerhalten;

e. Die Mitgliedstaaten aufzurufen, eine Finanzierung für das Jahr 2015 und die nächsten zwei Jahre zu erwägen, in Form von freiwilligen Beiträgen und/oder abgestellten Beamten, gezielten Kooperationsaktivitäten auf der Grundlage des Monitoring der Umsetzung der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung und auf den anderen satzungsgemäßen Aktivitäten des Kongresses;

f. Zu untersuchen, auf welche Weise der Kongress rechtmäßig von Haushaltsmitteln oder Sonderhaushaltsmitteln profitieren könnte, um seine Tätigkeit für die Integration der Roma auf kommunaler und regionaler Ebene fortzuführen, unter gebührender Berücksichtigung seiner konkreten Erfahrungen und Investitionen in diese Aktivitäten in den letzten Jahren und der herausragenden Bedeutung dieser Angelegenheit in Europa;

g. Den Generalsekretär des Europarats zu aufzufordern, im Programmentwurf und im Haushalt für die nächsten zwei Jahre (2016-2017) Haushaltsmittel für den Kongress auszuweisen, die vollumfänglich seinen Beitrag zu den Prioritäten des Europarats als einzigartiger paneuropäischer Förderer der territorialen Demokratie, der die Dezentralisierung und die Partizipation der Bürger sowie die Debatte und den Austausch guter Praktiken unter den kommunalen und regionalen gewählten Amtsträgern zu den aktuellen Themen in unseren europäischen Gesellschaften fördert, anerkennt.